

Lob für die Vorlage, der im übrigen grundsätzlich alle Parteien zustimmen, nur bei den Mehrheitssozialisten. Die Redner aller bürgerlichen Fraktionen bezweifeln, so sehr sie die kommende wirtschaftliche Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Kraftverbandes einsehen, den finanziellen Erfolg der Maßregel in unserer Zeit der furchtbarsten Teuerung. Das Reich, das heute viel leichterziger Milliarden ausgibt als früher Millionen, stellt eine Milliarde Mark für den elektrischen Reichsdraht zur Verfügung. Aber nicht nur der Fachmann der Deutschen Volkspartei, Geheimrat Weidtmann, sondern auch Abgeordnete anderer Fraktionen finden, daß ungezählte Milliarden notwendig sein würden; und auch dann sei die Rentabilität noch sehr zweifelhaft, da Staatsbetriebe immer teurer arbeiten als private, wie man an den Saargruben und anderen Unternehmungen sähe. Am wenigsten entzückt von dem Gesetze ist die demokratische Partei, deren Wortführer Dr.-Ing. Wieland die Schwächen des überhasteten Entwurfes darstellt und statt des alleinigen Staatsunternehmens, das die bestehenden Überlandzentralen aufkaufen müßte, eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft empfiehlt, in welche gegen Gewährung von Aktien die verschiedenen Elektrizitätswerke des Reiches, der Gemeinden, der Privatgesellschaften eingebracht werden sollten. In einem Ausschuß von 28 Mitgliedern, an den die Vorlage verwiesen wird, kann man sich weiter darüber unterhalten. Da wird denn auch praktische Arbeit geleistet werden, während heute noch der Sozialdemokratie, wie aus der Rede ihres Abgeordneten Rahmann hervorgeht, der gelernter Mechaniker und Gemeindeältester in Pöschappel ist, nur an der agitatorischen Wirkung etwas liegt: Seht, wie schnell und wie gewaltig wir den Kapitalismus sozialisieren!

Unter dem sogenannten alten System hat man das alles schon gekannt, hat man das Postregal und die Staatseisen-